

Klimaschutz und Energiewende - was wir **jetzt** brauchen

Das grüne Sofortprogramm

Uli Sckerl - 25. Juli 2019

JETZT den Klimaschutz im Land vorantreiben!

- Einhaltung des Pariser Klimavertrags
- Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs

Grünes Sofortprogramm für Bund und Länder

- Entscheidungen für:
 - CO2-Preis
 - Klimaschutzgesetz
 - Einleitung des Kohleausstiegs
- **Klimaschutz, wirtschaftlicher Erfolg, Wohlstand und gesellschaftlicher Zusammenhalt** in einem Industrieland gehen im 21. Jahrhundert Hand in Hand!
- in Deutschland: mehr als genug **Energie und Ideenreichtum**, um die entscheidenden Zukunftsfrage des 21. Jahrhunderts entschlossen anzugehen

Der Moment dafür ist jetzt. Klare und mutige Entscheidungen sind erforderlich.

Kohleausstieg einleiten, Energiewende beschleunigen

- **schneller Ausbau der Erneuerbaren Energien**
 - wirksamer und erfolgreicher Klimaschutz
 - auch für Wärme- und Verkehrssektor

- **Blockierung** des Ausbaus durch klimaschädlichen Kohlestrom
 - jährlich 240 Millionen Tonnen CO₂
 - unfairer Wettbewerbsvorteil

Kohleausstiegsgesetz **JETZT** umsetzen

- bis Ende 2022: **Abschaltung** von mind. $\frac{1}{4}$ der Braunkohlekapazitäten und $\frac{1}{3}$ der Steinkohlekapazitäten
- verbindlicher **Abschaltplan** von Kohlekraftwerken
- **Strukturfördergesetz** mit einem Volumen von 40 Milliarden Euro an konkrete Abschaltungen koppeln

Energiewende **beschleunigen**

- **Beschleunigung** des Ausbaus von Erneuerbaren Energien, von Speichern und Netzen
- **Streichung** aller Deckel im EEG; Beendigung der klimafeindlichen Begrenzung des Ökostromausbaus
- Ziel: **Zubau** von jährlich jeweils mindestens 5.000 MW netto
- **Vereinfachung** der Mieterstromregelungen für PV-Ausbau
- **Privilegierung** der Solarenergie im Außenbereich

- **nationales Flächenziel Windkraft**
- **Überprüfung** der bestehenden Regelungen (Flugsicherung, Denkmal- und Naturschutz, Planungsrechts)
- klare und einheitliche **Leitlinien** für die Koexistenz von Windenergie und Naturschutz
- **Weiterentwicklung** des Netzausbaus
- neue Trassen mit den **maximalen Transportkapazitäten** ausstatten
- **Befreiung** des Aufbaus benötigter Speicherkapazitäten von unnötigen Abgaben

Fairer und ehrlicher Preis für CO₂-Ausstoß

- Preise müssen die **ökologische Wahrheit** sagen
 - ökonomische Anreize für Klimaschutz
 - kohlenstoffneutrale Wirtschaft → Produktivität und Profitabilität auch an CO₂-Ausstoß messen
- einfacher, marktwirtschaftliche Mechanismus mit **CO₂-Preis**
 - Wettbewerbsvorteil für diejenigen, die sorgsam mit endlichen Ressourcen umgehen
 - **Klimaschutz wird billiger - Klimazerstörung wird teurer**

3 Grundprinzipien für den CO₂-Preis

1. **Ökologisch wirksam:** viele Sektoren erfassen; schnell eine Lenkungswirkung haben
→ Orientierung an realen CO₂-Schadenskosten
2. **Sozial gerecht:** Aufkommensneutrale Bepreisung
→ Staat: keine neuen Einnahmen, Mittel fließen an Bürger*innen und Wirtschaft zurück.
3. **Ökonomisch sinnvoll:** keine Gefährdung der Versorgungssicherheit und Rentabilität von energieintensiven Branchen
→ verhindert Verlagerung energieintensiverer Industriezweige ins Ausland

entscheidend:

- angemessene, planbare und verlässliche Entwicklung des CO₂-Preises
- gezielte Entlastungen
- Förderung von klimafreundlichen Alternativen

Eckpunkte eines CO₂-Preises

Erhebung

Betroffen:

- Verkehrs- und Wärmesektor
 - Ergänzung der Energiesteuern auf Benzin, Diesel, Kerosin, Heizöl, Heizkohle und Heizgas um eine **CO₂-Preis Komponente**
 - Vorschlag: Einstiegspreis von 40 Euro/t CO₂-Emission
- CO₂-Mindestpreis (40 Euro/t) auch für **Emissionshandels**
 - gemeinsam den Schritt eines abgestimmten Mindestpreises zusammen mit Nachbarländern

Rückzahlung

→ ökologisch wirksam, sozial gerecht und ökonomisch sinnvoll

Zwei Wege:

- **Abschaffung der Stromsteuer** durch Absenkung auf den EU-Mindestsatz

→ Entlastung von 6,5 Mrd. € für alle Stromkund*innen

→ Reduzierung der ungleichen Belastung

private Haushalte, Gewerbe-,
treibende, Mittelstand



Teile der
Industrie

- Abfederung der Kosten eines CO₂-Preises in Form von Erstattung von 100 Euro pro Jahr und Bürger*in als **Energiegeld**

Klimaschutz einen **rechtlichen Rahmen** geben

- bisher kein Klimaschutzgesetz auf Bundesebene mit einem alle Sektoren umfassenden Maßnahmenpaket
- Ohne Steuerung und Senkung unserer Emissionen (Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft ca. 40 % bis 2030)
 - immense Kosten für den **Ankauf von Verschmutzungsrechten**
 - bis 2030 möglicherweise: 30 -60 Milliarden Euro
- sinnvoller: Geld in Klimaschutz investieren

Klimaschutzgesetz bedeutet:

- **Festschreibung von Verbindlichkeiten** innerhalb der jeweiligen Sektoren und der zuständigen Ressorts. Querschnittsaufgabe.
- Zielsetzung einer **klimaneutralen öffentlichen Verwaltung**.
- Umfangreicher **Maßnahmenkatalog** für:
Gebäudebereich - Verkehrsbereich - Landwirtschaft



Vielen Dank!

Uli Sckerl - 25. Juli 2019